

Gehören Sie zu der Mehrheit, die ihr Geld mit Arbeit verdient? Dann ist es Zeit zum Aufstehen: Wir sollen das Aufrüstungs- programm mit Sozialkürzungen bezahlen!

Uns wird allerhand zugemutet – und wir werden nicht gefragt, ob wir einverstanden sind: Dem deutschen Sozialstaat droht die Abrissbirne. **500 Milliarden Schulden** hat allein diese Bundesregierung für Aufrüstung aufgenommen. Merz möchte „die Bundeswehr schnellstmöglich zur stärksten konventionellen Armee in Europa machen“. Die versprochenen Investitionen in die Infrastruktur gibt es nur dort, wo Brücken, Schienen und Straßen für einen Krieg gegen Russland benötigt würden. Aber dieser Krieg würde uns alle ins Verderben stürzen!

Deutschland will ab 2029 fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung und Militär ausgeben. Das entspricht ca. **213 Milliarden Euro**, fast der Hälfte des Bundeshaushalts. Kriegskredite können bereits unbegrenzt aufgenommen werden. Schulden und Zinsen zahlen wir alle.

Wenn er ein Gesetz streichen könnte, wäre es wohl das Arbeitszeitgesetz, sagte Kanzler Friedrich Merz. Kann man von einem Kanzler, der Deutschlandchef des weltgrößten US-Finanzkonzerns Black-Rock war, etwas anderes erwarten? Merz und seine CDU sowie der Wirtschaftsrat der CDU setzen beim Sozialstaat den Rotstift an. Sie wollen u. a.

- Abschaffung des Achtstundentags,
- verschärfte Sanktionen für Arbeitslose,
- einen Pflichtbeitrag zur privaten Altersvorsorge (ohne Arbeitgeberanteil),

- Begrenzung des Arbeitslosengeldes I auf 12 Monate,
- Streichung der Zahnarztfinanzierung aus der Gesetzlichen Krankenversicherung,
- „Teilkaskoprinzip“ bei der Pflegeversicherung,
- Streichung von Mütterrente, der Rente mit 63 bei 45 Beitragsjahren und der Grundrente,
- Abschaffung des Rechts auf Teilzeitarbeit,
- Erhöhung des Renteneintritts auf über 67,
- Streichung von Arbeitswege-Unfällen aus der Unfallversicherung.

Wir können davon ausgehen, dass das nur der Anfang ist. Das Unternehmerlager bläst zum Generalangriff auf unsere erkämpften Rechte. Für viele dieser Rechte haben unsere Vorfahren gestreikt. Sie mussten erst in harten Kämpfen durchgesetzt werden, gegen den Willen der Unternehmer. Heute versuchen sie uns das Erreichte wieder wegzunehmen. Wenn wir uns nicht kämpferisch zur Wehr setzen, werden sie Erfolg haben. Deshalb ist es wichtig, dass Gewerkschaften und Friedensbewegung gemeinsam die Zähne zeigen!

Statt Aufrüstung und sozialen Kürzungen brauchen wir eine Umverteilung des Reichtums und substanzielle Arbeitszeitverkürzungen.

Um die Welt sicherer zu machen, benötigen wir neue Abrüstungsverträge und keine Rekordaufrüstung!

Der Ostermarsch in Bruchköbel wird veranstaltet bzw. unterstützt von:

- Hanauer Friedensplattform
- DGB Main-Kinzig
- VVN-BdA Main-Kinzig
- DIDF Hanau und DIDF-Jugend Hanau
- Internationaler Jugendverein Hanau
- pax-christi-Basisgruppe Gelnhausen
- Naturfreunde Hanau-Rodenbach
- Wetterauer Aktion Frieden
- Verein z. Förd. der Völkerverständigung (VMV)

Verantwortlich für diesen Aufruf: die Hanauer Friedensplattform

**Die Friedensplattform trifft sich i.d.R. jeden
1. und 3. Montag im Monat um 19:00 Uhr bei DIDF
in Hanau, Alfred-Delp-Str. 10. – Kontakt:**

E-Mail: info@friedensplattform.de

Homepage: friedensplattform.de

Facebook-Gruppe: **Friedensplattform Hanau**

ViSdP: Erich Ehmes, Auwanneweg 30, 63457 Hanau

Ostermarsch 2026

für Frieden und Abrüstung

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Bruchköbel, Karfreitag, 3. April 2026

14.00 Uhr Kundgebung auf dem Freien Platz

ca. 15.00 Uhr Ostermarsch durch Bruchköbel

anschließend Friedensfest an der Dicken Eiche

Reden: **Michael Altmann** (Mitglied ver.di-Landesbezirksvorstand, Gewerkschafter sagen NEIN zum Krieg! NEIN zum sozialen Krieg!)

Monika Bootz (Wetterauer Aktion Frieden)

Julian Eder (Schulstreik gegen Wehrpflicht)

Musik: **Ernesto Schwarz & Guy Dawson**

Schluss mit Kriegsvorbereitung und Sozialabbau!



Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Seite zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen. Nationalflaggen und -fahnen sind nicht zugelassen.

Ostermarsch Frankfurt/Offenbach am Ostermontag, 6. April 2026

9.55 Uhr Treffpunkt Hanau Hauptbahnhof (am Gleis 1)

10.01 Uhr Abfahrt mit S9 ab Hanau Hauptbahnhof nach Offenbach

11.00 Uhr Abmarsch von Kundgebung Offenbach, Stadthof (Rathaus)

13.00 Uhr Abschlusskundgebung Römerberg Frankfurt

Ostermarschaufruf 2026

Wie friedensfähig ist das Recht des Stärkeren?

Die US-Regierung bearbeitet die „Nachkriegsweltordnung“ mit der Abrissbirne. Eben jene Ordnung, die nach 1945 unter Führung der US-Eliten geschaffen wurde, um deren globale Dominanz zu errichten. Um das im Zweiten Weltkrieg erstarkte „realsozialistische Lager“ einzudämmen und die kriegsgeschwächten alten Kolonialmächte auf die Plätze zu verweisen.

Warum verwirft Washington sein eigenes Erfolgsmodell der Weltpolitik, das den Untergang der Sowjetunion befördert und den USA ab 1990 zu beispielloser Machtfülle verholfen hat? Weil heute andere Staaten wie China genau diese Ordnung nutzen, um ihren Aufstieg durchzusetzen. So erklärt jedenfalls US-Außenminister Rubio den Strategiewechsel angesichts des politischen und ökonomischen Abstiegs der USA. Washington müsse erneut wie 1945 „aus dem Chaos eine freie Welt schaffen“.

In dieser neuen Ordnung soll das Recht des Stärkeren herrschen und sie soll den Mächtigsten und Reichsten nutzen. Bei dieser Zerstörung des Völkerrechts und traditioneller Reformvorstellungen kann sich die Trump-Regierung auch auf die äußerste Rechte in den USA und in Europa stützen. Zumal diese von großen Bevölkerungsteilen unterstützt werden, die die Krise ratlos zurücklässt.

Auf solche Zusammenhänge weist ausgerechnet der „Munich Security Report“ hin, das jährliche Grundlagenpapier der Münchener „Sicherheitskonferenz“, die auch in diesem Februar hunderte Kriegs- und Außenminister, Staatschefs, Militärs und Waffenproduzenten

aus aller Welt im „Bayerischen Hof“ zur Strategiediskussion versammelte. Der üblicherweise transatlantisch gefärbte Report thematisiert diesmal die „Vertrauenskrise“, die sich in europäischen Hauptstädten gegenüber den USA als Nato-Führungsmacht ausbreitet. Und auch an der Basis: Laut einer internationalen Umfrage im Auftrag der „Sicherheitskonferenz“ erwarten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien mehr als 50 Prozent der Bevölkerung, dass es künftigen Generationen aufgrund der heutigen Regierungspolitik schlechter gehen wird.

Einer winzigen Minderheit geht es dagegen heute schon immer besser. So ist laut Oxfam die Zahl der Milliardäre weltweit auf rund 3000 gestiegen. Das reichste eine Prozent der Menschheit hat sich seit dem Jahr 2000 satte 41 Prozent des globalen „Wohlstandswachstums“ angeeignet, für die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung blieb da nur ein Prozent übrig.

Globale Ausbeutung durch Aufrüstung absichern

Um diese ausbeuterische Weltpolitik auf absehbare Zukunft fortsetzen zu können, ist militärische Dominanz notwendig. Die USA wollen ihren Kriegshaushalt ab 2027 auf 1500 Milliarden US-Dollar jährlich steigern und zugleich ihren Vasallen höhere Beiträge aufbürden.

Die westliche Politik der Stärke provoziert entsprechende Reaktionen der übrigen Atom-mächte – insbesondere Russlands und Chinas. Sie bedroht somit das Überleben der Menschheit. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass inzwischen fast alle strategischen Rüstungskon-

trollverträge von US-Regierungen aufgekündigt wurden. Das atomare Wettrüsten ist nun rechtlich so wenig reguliert wie vor 1972. Die Atomwissenschaftler, die die Weltuntergangsuhr verantworten, haben die Zeiger auf 85 Sekunden vor der finalen Katastrophe vorgerückt.

Friedensgefährdende Raketen: Einsatzkommando in Wiesbaden

Noch in diesem Jahr will die US-Regierung in Deutschland neue Mittelstreckenraketen stationieren. Dazu gehören auch Erstschlags- und Enthauptungswaffen, die unmissverständlich gegen Russland gerichtet sind. Das Kommandozentrum dafür ist in Wiesbaden eingerichtet. Deutschland ist das einzige Land der EU, das diese friedensgefährdenden Raketen aufnimmt. Es wird somit zum vorrangigen Ziel russischer Gegenschläge. Diese Gefahr wird durch unsägliche Diskussionen über eine „deutsche Atombombe“ nur noch gesteigert.

Zwar gibt es auch in Deutschland eine Vielzahl von Protesten gegen Kriegspolitik und Aufrüstung. Doch ihre Teilnehmerzahlen sind noch relativ gering. Auch wird hörbare Kritik der Regierungslinie schon heute repressiv verfolgt und sei es mit EU-Sanktionen – Rechtsweg ausgeschlossen. Noch selten sind internationale Aktionen wie der Streiktag gegen die Militarisierungspolitik der EU und Waffentransporte, an dem sich am

6. Februar tausende Arbeiter in über 20 Häfen rund ums Mittelmeer, in Mittelamerika und in Hamburg beteiligten. Ähnliche Antikriegsaktionen gab es im Vorjahr in Italien, Griechenland, Spanien und Schweden sowie am 3.10.2025 mit einem Generalstreik in Italien, an dem zwei Millionen Beschäftigte teilnahmen. Hierzulande sind die bisherigen Lebenszeichen einer aufkeimenden gewerkschaftlichen Opposition gegen den Kriegskurs der Regierung hauptsächlich noch auf Konferenzen und Gremienbeschlüsse

Wehrpflicht? – Wehr Dich!

Die Bundesregierung hat im Februar kriegserfahrene Militärs aus der Ukraine eingeladen, ihre Fronterfahrungen an Bundeswehrosoldaten zu vermitteln. Ukrainische Militärs sollen ihre deutschen Kollegen in High-Tech-Schlachten trainieren, nachdem sie beim Nato-Manöver „Hedgehog 2025“ ihre Übungsgegner auch mit KI-Hilfe blitzschnell niedergemacht hatten. Das beeindruckt Generäle mehr als das tausendfache Sterben im Schlamm der Schützengräben.

Zum Widerstand aufgerufen sehen sich hingegen die Schüler:innen, die Schulstreiks und andere Aktionen gegen den Kriegsdienst organisieren. So forderte die bundesweite Schulstreikkonferenz am 14./15. 2. 2026 in Göttingen u. a. „Geld für Bildung, Soziales und Umweltschutz statt für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!“ und „Bundeswehr raus aus den Schulen!“. Die Konferenz rief zur Bildung von Streikkomitees an allen Schulen und zu einem generationenübergreifenden Kampf gegen Krieg auf, denn: „Die Reichen wollen Krieg – die Jugend eine Zukunft!“

Info: friedensplattform.de und schulstreikgegenwehrpflicht.com



beschränkt, wie z.B. jene der DGB-Jugend Hessen-Thüringen, von Ver.di Baden-Württemberg, dem GEW-Hauptvorstand, von etlichen Gremien unterhalb der Landesebene usw.

Das ist zwar noch unspektakulär, aber so beginnt der richtige Weg!

Hanauer Friedensplattform, 16. 2. 2026